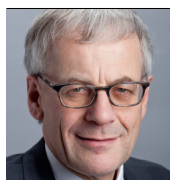




STANDPUNKT

focus 5/15
September

Die Städte pochen zu Recht auf mehr Mitsprache



Kurt Fluri

Stadtpräsident Solothurn,
Nationalrat und Präsident des
Städteverbandes SSV.

Die Städte entwickeln sich gut. Im letzten Jahrzehnt ist die Bevölkerung in den urbanen Zentren 3 Prozent stärker gewachsen als im Schweizer Schnitt. Für diese Beliebtheit haben die Städte viel getan: Sie haben in ihre Infrastrukturen investiert, Plätze und Promenaden renoviert, Verkehrssysteme verbessert und neue Kulturangebote geschaffen. Doch nicht nur das «Neue» überzeugt, auch auf die bisherigen Leistungen dürfen die Städte stolz sein.

Die Attraktivität und die Erfolge der Städte kommen dem gesamten Land zugute, denn ihre hohe Lebensqualität ist ein Vorteil im internationalen Standortwettbewerb. Die nationale Politik begegnet den Städten teilweise aber noch immer mit einer spürbaren Zurückhaltung. Dies zeigt die Bilanz des Städteverbandes der letzten vier Jahre. Man kann Bundesrat und Parlament zwar zugutehalten, dass es in verschiedenen städtischen Dossiers, etwa bei der nationalen Kulturbotschaft oder bei der Verkehrspolitik, voranging. Zusammenfassend lässt sich aber Folgendes feststellen: Es ist nicht ausreichend, die städtischen Anliegen nur zur Kenntnis zu nehmen, der Bund muss diese institutionell besser in seine Entscheide einfließen lassen.

Augenfällig wird dies in der Finanz- und Steuerpolitik. Das Finanzdepartement hat den

Städten und Gemeinden für die Steuerausfälle, die ihnen mit der Unternehmenssteuerreform III drohen, keine Kompensationen zugesichert und bis anhin nur mit den Kantonen verhandelt. Und auch beim Wirkungsbericht zum neuen Finanzausgleich (NFA) war keine Beteiligung der Städte vorgesehen. Dieses Ignorieren der Städte in entscheidenden Dossiers irritiert. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich der Bund im Bericht zum Artikel 50 der Bundesverfassung gute Noten ausstellt. Der Artikel hat fest, dass bei nationalstaatlichem Handeln die Situation der Städte und Agglomerationen berücksichtigt werden muss.

Dass die Städte dem Bund gerade in der Steuerpolitik auf die Finger schauen, kommt nicht von ungefähr. Weitere Steuerausfälle wären für die kommunale Ebene gefährlich. Denn ein Blick auf die Schuldenentwicklung zwischen 2003 und 2013 wirft die Frage auf, in welchem Umfang Bund und Kantone Aufgaben an die Städte und Gemeinden delegiert haben, um ihre Rechnungen zu entlasten: Während die nationale und kantonale Ebene ihre Schulden in diesem Zeitraum um fast 20 Milliarden reduzieren konnten, sind diejenigen der 51 grössten Städte und Kantonshauptorte um 4,5 Milliarden gewachsen.

Die Städte pochen deshalb zu Recht auf mehr Mitsprache in der Finanz- und Steuerpolitik, denn sie sind auf gesunde Finanzen angewiesen. Nur so können sie weiter das sein, was sie heute sind: Der wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Motor der Schweiz.



Liebe Leserin, lieber Leser

Was haben die vergangenen vier Jahre den Städten und Agglomerationen gebracht? In welchen Bereichen hat sich die Bundespolitik städtefreundlich entwickelt und wo nicht? Welche Anliegen wurden umgesetzt und wo gibt es Handlungsbedarf?

Diese Fragen standen im Zentrum unserer Legislaturbilanz, welche wir kürzlich den Medien präsentierten. Insgesamt fällt die Bilanz durchgezogen aus. In der Verkehrs- und der Raumpolitik, aber auch in der Alters- und der Kulturpolitik orten wir positive Entwicklungen. Eher enttäuschend fällt die Bilanz hingegen zur Finanz- und Steuerpolitik, aber auch zur Sozial- und der Alkoholpolitik aus. So kann es bei der Unternehmenssteuerreform III nicht angehen, dass für Städte und Gemeinden keine Ausgleichsmassnahmen vorgesehen sind, obwohl diese ebenso von Steuerausfällen betroffen sind wie die Kantone.

Ihre focus-Redaktion

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Es braucht ein Zusammenspiel aller staatlichen Ebenen»

**Doris Meier-Kobler****Gemeindepäsidentin von Bassersdorf**

Die Architektin (dipl. Arch ETH/SIA) ist seit 2004 in der Exekutive der Gemeinde Bassersdorf (ZH). Als erste Frau in der Geschichte des Ortes wurde sie im Jahr 2010 zur Gemeindepäsidentin gewählt. Sie ist Mitglied der FDP. Beruflich führt sie neben dem Präsidialamt ein Beratungsunternehmen.

Im Grünen, aber in unmittelbarer Nähe zu Zürich, Winterthur und dem Flughafen. So liesse sich die Lage von Bassersdorf geografisch umschreiben. Welche Besonderheiten bringt dies mit sich, wie würden Sie Bassersdorf charakterisieren?

Bassersdorf ist als Gemeinde in der Flughafenregion eine Wohnkleinstadt im Grünen mit einer guten Verkehrsanbindung und einem reizvollen Naherholungsgebiet. In den letzten Jahren hat sich die Gemeinde zur Stadtgrösse entwickelt, ohne dabei den Charme eines Dorfes zu verlieren. Bassersdorf bietet dabei auch ein reges Vereinsleben und der wohl wichtigste Anlass im Jahr ist die Fasnacht, die im gesamten Kanton Zürich einzigartig ist.

Wo sehen Sie als Gemeindepäsidentin die grössten Herausforderungen der nationalen Politik?

Ganz allgemein ist es wohl die grösste Herausforderung, einen für alle erträglichen Ausgleich zwischen den Belastungen für Gemeinden und Städte, Kantone und den Bund in allen politisch relevanten Themen zu finden.

Bund und Kantone sind gezwungen Kosten zu sparen. Dies bringt die Gefahr mit, dass Aufgaben auf Gemeindeebene ausgelagert werden. Ist dies in Ihrer Gemeinde spürbar?

Die finanzielle Belastung ist tatsächlich auch in unserer Gemeinde gestiegen. Einige Aufgaben, wie beispielsweise die Pflegefinanzierung wurden zunehmend auf die Gemeinden und Städte verlagert, was auch in Bassersdorf zu grossen Mehrausgaben geführt hat.

Immer wieder wird auf Gemeindeebene auch die Alterspolitik und der demografische Wandel als Herausforderung genannt. Ist dies auch in Bassersdorf ein Thema?

Die demografische Entwicklung ist sicher für viele Städte und Gemeinden eine grosse Herausforderung. Bassersdorf hat sich dem Thema mit einer Steuerungsgruppe 65+ angenommen und zusammen mit der Bevölkerung eine Altersstrategie entwickelt. Dabei wird sehr viel Wert auf eine generationenübergreifende Lösung gelegt.

Zudem unterstreicht die Zusammenarbeit mit der Age Stiftung und deren Programm «Socius», bei welchem unter anderem der Unterstützungsbedarf von pflegenden Angehörigen eruiert wird, das Engagement von Bassersdorf in diesem Thema.

Die Kooperation zwischen den Städten und Gemeinden wird landesweit vermehrt diskutiert. Wo sehen Sie die grössten Potenziale?

Es ist oft festzustellen, dass Aufgaben und Themen keine Rücksicht auf Gemeinde-

oder Kantonsgrenzen mehr nehmen. Was natürlich nicht zuletzt mit der Zunahme der Mobilität zu tun hat, Wohnen, Arbeiten und Freizeit sind heute längst nicht mehr nur an einem Ort. Im Kanton Zürich wurden die Betriebsämter und Zivilstandsämter etwa bereits regionalisiert. Und offensichtlich wird die gemeinde- und sogar kantonsübergreifende Notwendigkeit der Zusammenarbeit beispielsweise bei verkehrstechnischen Fragen. In unserer Gemeinde und Region wird auch die Zusammenarbeit im Sicherheits- oder im Gesundheitsbereich laufend überdacht. Nur durch das intensive Zusammenspiel aller politischen Ebenen sind hier für alle Ebenen tragbare Lösungen zu finden.

Wie sehen Sie Bassersdorf in 20 Jahren ?

Bassersdorf steht vor einer Revision der Bau- und Zonenordnung. Wir haben dies auch zum Anlass genommen, um mit der Bevölkerung intensiv über die Gemeindeentwicklung zu diskutieren. Dieser Prozess wird bis zum Ende dieses Jahres abgeschlossen und uns die gewünschte Gemeindeentwicklung bis 2030 aufzeigen. Persönlich sehe ich eine moderate Weiterentwicklung von Bassersdorf, immer auch im Zusammenspiel mit der gesamten Flughafenregion. Wir werden darauf achten, die gemeindespezifischen Qualitäten nicht zu vernachlässigen: Wir werden weiterhin eine wohnliche Kleinstadt bleiben.

THEMA

Finanzen, Alterspolitik und Verkehr stehen auf der städtischen Prioritätenliste weit oben

Bald bestimmt ein neues Parlament und vielleicht eine neue Regierung die Geschehnisse der Bundespolitik. Der SSV hat in einem Legislaturrückblick ermittelt, auf welche Dossiers die Städte achten müssen. Fazit: In der Kultur gelang ein Wurf, in der Steuer-, Verkehrs- und Sozialpolitik sind die städtischen Interessen aber noch nicht gesichert.



Renate Amstuz
Direktorin des Schweizerischen Städteverbandes SSV.

In wenigen Wochen erreicht das politische Jahr mit den Wahlen seinen Höhepunkt. Die Wählerinnen und Wähler bestimmen, in wessen Hände sie die Parlamentsgeschäfte legen und wer die Zukunft unseres Landes (mit-)bestimmen soll. Bevor es so weit ist, gilt es aus städtischer Sicht auf die vergangenen vier Jahre zurückzublicken: Wo wurden Geschäfte vorangetrieben, die den urbanen Gebieten zugute kommen? Und wo harzt es im politischen Betrieb, weil für die Städte vorteilhafte Entwicklungen stecken geblieben sind? Bei welchen Geschäften müssen die städtischen Vertreter und der Städteverband zum Start der neuen Legislatur wachsam sein?

Der SSV hat an seiner Jahresmedienkonferenz im August eine Legislaturbilanz gezogen.

Die Städte kümmern sich in fast allen Themenbereichen um die Anliegen ihrer Bevölkerung. Diese Vielfalt und Unmittelbarkeit kommunaler Politik droht auf «höheren» politischen Ebenen aber gelegentlich vergessen zu werden. Dies ist ein Grund, weshalb der SSV sich immer wieder zum Föderalismus äussert. Es darf nicht sein, dass Bund und Kantone Reformen nur unter sich aushandeln; denn Neuerungen müssen sich in der täglichen politischen und behördlichen Arbeit auf der kommunalen Ebene bewähren.

Föderalismus: Das Versprechen von Artikel 50 ist noch nicht eingelöst

Mit Spannung erwartete der Städteverband den Bericht, den der Bundesrat zu Artikel 50 der Bundesverfassung ausgearbeitet und vor kurzem veröffentlicht hat. Der Artikel verpflichtet die Landesregierung, Rücksicht auf die Situation der Städte und Agglomerationen zu nehmen. Gerade der Bericht hat aber gezeigt, dass der Bund die Anliegen der Städte

zwar anhört, diese aber nicht automatisch auch in die Planung miteinbezieht. «Nur zur Kenntnis zu nehmen, was die Städte zu einem bestimmten Ansinnen sagen, ist nicht ausreichend», erklärte Kurt Fluri, Präsident des Städteverbandes an der Medienkonferenz. Ein unrühmliches Beispiel lieferte die Bundesverwaltung in den letzten vier Jahren bei der Ausarbeitung der Unternehmenssteuerreform III, in die sie die Städte kaum miteinbezogen hat. Die Finanz-, Wirtschafts- und Steuerpolitik ist als Ganzes ein Bereich, in dem die urbane Schweiz auch künftig vehement für ihre Interessen kämpfen muss (siehe hierzu auch Editorial auf Seite 1).

«Die Vielfalt, Komplexität und Unmittelbarkeit kommunaler Politik droht auf den anderen Ebenen manchmal vergessen zu werden.»

Sozialpolitik: Ein Bekenntnis der Kantone zur Arbeit der SKOS

Im Fokus stand in Bundesbern in den letzten Monaten auch die Sozialpolitik. Verschiedentlich wurde eine Kürzung der von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS ermittelten Beiträge verlangt, wobei die SKOS in der Debatte auch grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Für die Städte ist es positiv, dass die SKOS-Arbeit im Frühsommer gestärkt wurde, indem sich die Kantone entschieden, die SKOS-Richtlinien künftig zu prüfen und zur Anwendung zu empfehlen. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Verhinderung eines Sozialhilfewettbewerbs. «Es darf nicht zu einem Race-to-the-bottom kommen, indem man sich bei den Sozialhilfeleistungen unterbietet», sagte Sami Kanaan, Stadtrat von Genf vor der Presse.

Ein Grossprojekt, das in den letzten vier Jahren ebenfalls auf die sozialpolitische Agenda gesetzt wurde, ist die Altersvorsorge 2020, mit der AHV und Pensionskasse reformiert werden sollen. Die parlamentarische Beratung dazu hat im Januar begonnen. Für den Städteverband ist es zentral, dass bei diesem Geschäft das Gesamtsystem der so-

zialen Wohlfahrt im Auge behalten wird und das Rentenniveau nicht gesenkt wird, da sonst die Gemeinden mit Unterstützungsleistungen stärker belastet werden. Es zeichnet sich jedoch bereits Widerstand gegen die Reform ab. Ob die in diesen Tagen geschmiedeten Kompromisse halten, wird sich weisen. Auch hier gilt es für die Städte, auf der Hut zu sein, denn es ist wichtig, dass das Vorhaben vorankommt. Insgesamt ist die Alterspolitik ein zentrales Dossier des SSV.

Erfreulich präsentiert sich der Rückblick auf die Kulturpolitik. Das Parlament hat mit dem «Ja» zur Kulturbotschaft gezeigt, dass ihm Investitionen in die Kultur wichtig sind.

Verkehrs- und Raumpolitik: Es braucht ein Engagement für die Agglomerationen

Eine positive Bilanz der vergangenen vier Jahre kann in der Verkehrspolitik gezogen werden. Mit der Bahnvorlage «FABI», der Mittelfreigabe für die nächste Runde der Engpassbeseitigung auf den Nationalstrassen und einer zweiten Generation von Agglomerationsprogrammen konnten mehrere Milliarden vorlagen verabschiedet werden, welche die Verkehrsinfrastruktur in den Agglomerationen und im gesamten Land entscheidend verbessern werden. Nun steht der nächste grosse Wurf bevor: Der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds NAF. Aus Sicht der Städte muss dieser zwei Ziele vereinen: Die Finanzierung der Nationalstrassen und eine ausreichende Mitfinanzierung des Agglomerationsverkehrs, da über 90 Prozent der Staus die Agglomerationen belasten. Die Beteiligung des Bundes am Agglomerationsverkehr erfolgt unabhängig vom Verkehrsträger über das bewährte Instrument der Agglomerationsprogramme. Das neue Parlament muss ein breit abgestütztes Paket schnüren. «Raubzüge auf die Bundeskasse im Stil der Milchkuh-Initiative stehen für die Städte nicht zur Debatte», erklärte der Luzerner Stadtpräsident Stephan Roth vor den Medien.

Unsicherheiten prägen auch die Raumplanungspolitik. Die vom Volk gutgeheissene Revision des Raumplanungsgesetzes ist zwar ein Erfolg, insbesondere mit Blick auf die Verdichtung in den Städten. Die Umsetzung gestaltet sich aber sehr anspruchsvoll und wichtige Fragen, wie die Verankerung der Agglomerationspolitik, sind noch nicht gelöst.

POLITIK

Ausblick auf die Herbstsession

Für den Städteverband stehen der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF), die Energiestrategie und die Mehrwertsteuer-Gesetzgebung im Fokus der Aufmerksamkeit. Darüber hinaus interessierten Entscheidungen in den Bereichen Mehrwertsteuer, Altersvorsorge und Asyl.

NAF: Wichtig für die Städte

Der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) wird zuerst vom Ständerat behandelt. Die Verkehrskommission empfiehlt, dem unbefristeten Strassenfonds zuzustimmen, ohne den Netzbeschluss in die Vorlage zu integrieren. Für den SSV ist das Geschäft von Bedeutung, weil die Städte und Agglomerationen auf unbefristete Bundesmittel angewiesen sind, um den Agglomerationsverkehr langfristig zu finanzieren.

Energiestrategie 2050 im Zweitrat

Der Nationalrat behandelte die Energiestrategie 2050 in einer wahren Monsterdebatte. Nun kommt die Vorlage in den Ständerat, dessen vorberatende Kommissi-

on vorschlägt, die Vorlage stärker an den ursprünglichen Vorschlägen des Bundesrates auszurichten. Zugleich sollen bestehende Wasserkraftwerke unter bestimmten Voraussetzungen gefördert werden können.

Öffentliche Parkplätze ohne MWST

Die Mehrwertsteuer-Gesetzgebung ist ein Dauerbrenner in der Bundespolitik. Die im Nationalrat traktandiertere Teilrevision des MWST-Gesetzes sieht unter anderem Massnahmen für die erleichterte Zusammenarbeit von Gemeinwesen vor. Unverständlichlicherweise ergänzte der Bundesrat die Vorlage mit dem Plan, alle öffentlichen Parkplätze der MWST zu unterstellen. Der Städteverband hat sich dagegen zur Wehr gesetzt und ist in der Kommission auf Unterstützung gestossen.

Die Beratung der Unternehmenssteuerreform III, die ebenfalls für die Herbstsession vorgesehen war, wurde auf die Wintersession verschoben. Die Wirtschaftskommission des Ständerates forderte aufgrund der Komplexität der Vorlage vertiefende Analysen.

Rentenniveau beibehalten

Nach ausführlichen Beratungen stimmte die Gesundheitskommission des Ständerates der umfangreichen Reform der Altersvorsorge 2020 zu. In einigen Punkten weicht sie von den Vorschlägen des Bundesrates ab, so beispielsweise bei den Ausgleichsmassnahmen zur Senkung des Umwandlungssatzes. Das Rentenalter für Frauen soll auf 65 Jahre steigen, der Umwandlungssatz auf 6 Prozent gesenkt werden und die AHV-Renten sollen um 70 Franken steigen.

Asylverfahren fair beschleunigen

In der Sommersession hat der Ständerat die Revision des Asylgesetzes, mit der Beschleunigung der Asylverfahren als Hauptziel, gutgeheissen. Das gesamte Verfahren soll künftig maximal 140 Tage dauern, darüber hinaus sollen die Asylsuchenden eine kostenlose Rechtsberatung und -vertretung erhalten. Nun entscheidet der Nationalrat über die Vorlage – seine staatspolitische Kommission unterstützt die Reform mit geringfügigen Änderungen.

Vernehmlassungen

Bekämpfung der Schwarzarbeit

Der Städteverband verlangt vom Staatssekretariat für Wirtschaft SECO ein rasches Vorantreiben der Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Der Bund will unter anderem die Zusammenarbeit der kantonalen Sozialhilfebehörden, Einwohnerkontrollen und der Arbeitsmarktaufsichten verstärken, damit besser gegen Verstösse im Bereich der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorgegangen werden kann. Zudem sollen die Kantone stärker in die Pflicht genommen werden, was der SSV ebenfalls begrüsst. Eine Studie hatte ergeben, dass ein Teil der Kantone die Kontrollpflichten vernachlässigt. Um dem entgegenzuwirken, sind auch finanzielle Anreize zugunsten der Kantone vorgesehen. Es werden höhere Einnahmen aus Bussgeldern in Aussicht gestellt. Die Wirkung dieser Abgeltung wird seitens der Kantone aber bezweifelt, weil der Kontrollaufwand im Bereich der Schwarzarbeit sehr hoch ist. Der SSV schliesst sich dieser Kritik an, er betont aber in seiner Stellung-

nahme, dass das Seilziehen zwischen Bund und Kantonen über die finanzielle Abgeltung nicht dazu führen darf, dass die Verstärkung der Schwarzarbeit-Kontrollen weiter verzögert wird.

Anerkennung für die Suchtstrategie

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat für die Jahre 2017-2024 eine neue «Strategie Sucht» erarbeitet. Diese vereinigt die bis anhin separat existierenden Programme zu Alkohol, Drogen und Tabak. Aus Sicht des Städteverbandes ist die Verbindung der bisher getrennten Elemente ausgesprochen sinnvoll. Die neue Strategie wird deshalb unterstützt. Allerdings weisen die Städte im Rahmen der Anhörung zur Strategie darauf hin, dass deren Umsetzung und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen zuständigen Departementen und Stellen des Bundes noch vertiefter ausgearbeitet werden muss. Zudem ist eine Erweiterung des strategischen Fokus zu prüfen: Die Strategie kümmert sich derzeit primär um Abhängigkeitsphänomene und zu wenig um den risikoreichen Konsum

von Drogen und Betäubungsmitteln, der einer Sucht vorangehen kann.

Sichere Fussgängerstreifen: neue Norm

Der Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS) revidiert die Norm für Fussgängerstreifen. Die neuen Vorgaben sollen die Sicherheit verbessern. Der Städteverband und seine verkehrspolitische Sektion, die Städtekonferenz Mobilität, begrüssen dies. Die revidierte Norm enthält wichtige Elemente, wie durchgehende Fussgängerstreifen über Tramgeleise mit dem Gefahrensignal Strassenbahn, und ermöglicht den Verzicht auf überflüssige Signale. In einigen Bereichen berücksichtigen die vorgeschlagenen Regelungen die engen Verhältnisse des städtischen Raums aber nicht ausreichend: Die Vorgaben zu Sichtweiten und Fussgängerschutzinseln müssen angepasst werden.

Weitere Vernehmlassungen unter:
www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen

AKTUELL

Städteverband im Fokus

250 Gäste am Städtetag in Genf und Lancy



Genf und Lancy haben am 27. und 28. August die Mitglieder des SSV zum Städtetag empfangen. Mit der Einladung an den Lac Léman wurde auch das 200-Jahr-Jubiläum des Beitritts von Genf zur Eidgenossenschaft gefeiert. Rund 250 Delegierte und Gäste des Schweizerischen Städteverbandes nahmen an dem Anlass teil. Das Treffen der Schweizer Städte widmete sich dem sozialen Zusammenhalt. Bundesrat Alain Berset rief in seinem Referat dazu auf, die demografischen Entwicklungen als Anlass zu einem gesellschaftlichen Aufbruch zu nutzen. Neben dem Bundesrat referierten die Professoren Markus Freitag (Bern) und Sandro Cattacin (Genf), sowie der Politgeograf Michael Hermann und Martine Brunschwig Graf, Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus EKR.

Im Rahmen des Städtetages wurde auch die Generalversammlung des Städteverbandes abgehalten. Neu in den Vorstand gewählt wurden Sami Kanaan (Genf) und Marco Borradori (Lugano). Im nächsten Jahr werden sich die Schweizer Städte in Schaffhausen treffen.

www.staedteverband.ch

Tagung zur Alterspolitik in den Städten



Der demografische Wandel der kommenden Jahr(zehnt)e wird die Städte stark fordern. Bereits heute gilt es deshalb Strategien vorzubereiten, um sich auf das Altern der Bevölkerung vorzubereiten. Der Städteverband organisiert mit Partnerorganisationen am 6. November eine Tagung, an der diskutiert wird, wo mögliche Aktionslinien einer zukunftsgerichteten Alterspolitik liegen. Im Zentrum der Veranstaltung steht zudem der Erfahrungsaustausch unter den Städten und Gemeinden und die Präsentation von Projekten. Die Tagung richtet sich an Altersverantwortliche aus kommunalen Verwaltungen und an Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik und von privaten Fachorganisationen. Zudem freuen wir uns über Anmeldungen aus verschiedenen kommunalen Fachbereichen, denn wir sind überzeugt, dass es sich beim Alter um einen Politikbereich handelt, der stark interdisziplinäres Vorgehen ver-

langt. Das Programm und die Anmeldung zur Tagung sind seit kurzem auf der Website des Städteverbandes aufgeschaltet.

www.staedteverband.ch

Sozialhilfe-Langzeitbezug im Fokus



Am 25. August präsentierte die Städteinitiative Sozialpolitik den neusten Kennzahlenbericht. Im Zentrum der vergleichenden Studie, die Daten aus 13 Städten enthält, steht der Langzeitbezug in der Sozialhilfe. Mit der Analyse konnte ermittelt werden, dass knapp zwei Drittel der Personen, die seit mehr als drei Jahren von Unterstützungsleistungen abhängig sind, unter Gesundheitsproblemen leidet. Davon sind etwa 40 Prozent physische Einschränkungen aufgrund von Unfall oder Krankheit, in rund 20 Prozent spielen akute Suchtprobleme eine Rolle, in rund 10 Prozent eine Depression und bei weiteren 30 Prozent wurde eine andere psychische Krankheit festgestellt.

www.staedteinitiative.ch

Arbeitsbelastung und Gesundheit



Die Anforderungen an Exekutiven, Kader und Mitarbeitende kommunaler Behörden steigen. Nicht selten leidet unter der Belastung die Gesundheit. Ziel dieser Tagung ist es, die Anzeichen von krank machendem Stress bei sich und Mitarbeitenden ernst zu nehmen und Vorgehensweisen zu kennen, um gesund zu bleiben. Die Veranstaltung findet am 20. November 2015 in Luzern statt und wird von der Konferenz der Stadt- und Gemeindegremien und dem Städte- und dem Gemeindeverband gemeinsam organisiert.

Anmeldung unter: info@staedteverband.ch

Der Städteverband twittert



Der Städteverband hat vor kurzem seinen Twitteraccount in Betrieb genommen. Wir machen auf diesem Kanal auf politische Anliegen und interessante Informationen aufmerksam. Wir freuen uns über neue Follower!

www.twitter.com/staedteverband

Kurzmeldungen

Energiestrategie 2050: «Dranbleiben»

Zahlreiche Städte und Gemeinden engagieren sich für eine erneuerbare Energieversorgung. Diesem Ziel ist auch die Energiestrategie 2050 verpflichtet. Nun erhält diese Unterstützung von Seiten der Wirtschaft. Unter dem Motto «Dranbleiben» zeigt eine Kampagne auf, wie eine erneuerbare und energieeffiziente Energieversorgung Versorgungssicherheit und Wohlstand gewährleistet.

Am 3. September wurde zudem der Verband «swissesco» gegründet. Swissesco ist die Dachorganisation der Energiedienstleistungs-Unternehmen, welche mit Energiespar-Contracting einen Beitrag zu mehr Energieeffizienz leisten wollen.

www.es2050.ch

Informationen zum ÖREB-Kataster

Wer in der Schweiz Land besitzt, ist an die öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen ÖREB gebunden. Mit einem ÖREB-Kataster werden diese Informationen leichter verfügbar. Die Eidgenössische Vermessungsdirektion informiert Städte, Gemeinden und weitere Interessierte über den Stand des Katasteraufbaus und über die Erfahrungen der Pilotkantone am 27. Oktober 2015 in Olten.

www.cadastre.ch/oereb

Seminar autoarm/autofrei Wohnen

Die «Plattform autofrei/autoarm Wohnen» PAWO bietet mit der Städtekonferenz Mobilität an einem Fachseminar Einblick in die grösste autoarme Siedlung der Schweiz: das Projekt «mehr als wohnen» in Zürich. Daneben geben Referate Hinweise auf die Herausforderungen für Gemeinden und die Überlegungen der Bauwirtschaft. Das Seminar findet am 7. Oktober 2015 in Zürich statt.

www.wohnbau-mobilitaet.ch

Demokratische Nachwuchsförderung

Der Dachverband der Jugendparlamente unterstützt Städte und Gemeinden, welche die politische Beteiligung der Jugend fördern möchten. So offeriert sie für Stimmberechtigte im Alter von 18 bis 25 Jahren etwa ein «easyvote»-Abonnement, das jugendgerechte Abstimmungsunterlagen enthält.

www.easyvote.ch/gemeinden

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 6. November 2015** **Nationale Tagung zur städtischen Alterspolitik** in Biel
Information: www.staedteverband.ch, Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 20. November 2015** **Tagung «Gesund bleiben trotz hoher Arbeitsbelastung: Alarmzeichen ernst nehmen, Massnahmen kennen und umsetzen»** in Luzern
Information: www.stadtschreiber.ch

Organisation Kommunale Infrastruktur

- 14. September 2015** **Kommunikationsseminar: Aufbauseminar für Führungskräfte** in Bern
Information: Stephanie Glutz, Telefon 031 356 32 42, info@kommunale-infrastruktur.ch

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 11. September 2015** **Mitgliederversammlung der Städteinitiative Bildung**
Information: Marcel Bachmann, Telefon 044 413 86 53, info@staedteinitiative-bildung.ch
- 11. September 2015** **13. Kongress zur urbanen Sicherheit der Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD) und der Schweizerischen Vereinigung Städtischer Polizeichefs (SVSP)** in Zürich
Information: Andrea Bucher, Telefon 044 411 70 26, andrea.bucher@zuerich.ch
- 11. September 2015** **Fachveranstaltung «Mehrwertsteuer und Gemeinwesen»** in Bern
Information: Maja Münstermann, Telefon 031 356 32 32; info@ksfd.ch
- 23. Oktober 2015** **Herbstkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik**
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, info@staedteinitiative.ch
- 29./30. Oktober 2015** **Delegiertenkonferenz der Städtekonferenz Kultur** in Sitten
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, info@skk-cvc.ch

Weitere Organisationen

- 7. Oktober 2015** **Fachseminar zum autoreduzierten Wohnen** in Zürich
Information: www.wohnbau-mobilitaet.ch
- 13. November 2015** **AEE SUISSE Kongress 2015 «Die Energiewende vor der Abstimmung»** in Basel (Patronat SSV)
Information: www.aeesuisse.ch
- 18. November 2015** **16. asut-Kolloquium / its-ch Fachtagung des Schweizerischen Verbandes der Telekommunikation** in Bern
Information: www.asut.ch
- 3. Dezember 2015** **4. Nationale Smart City Tagung 2015** in Zug
Information: www.smartcity-schweiz.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband (SSV), Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Julia Imfeld, Andrea Zimmermann, Ariane Gigon (Übersetzungen), Maja Münstermann, Martin Tschirren, Roman Widmer
Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Bild Seite 2: zvg
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch